



## **Birgit Homburger**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stv. Vorsitzende, Sprecherin für Sicherheitspolitik und  
Bürokratieabbau der FDP-Bundestagsfraktion  
Landesvorsitzende der  
FDP Baden-Württemberg

### **Bundestagsbüro-Postadresse**

Platz der Republik  
11011 Berlin  
Telefon: 030 - 22 77 12 09  
Telefax: 030 - 22 77 67 82  
Email: [birgit.homburger@bundestag.de](mailto:birgit.homburger@bundestag.de)

### **Wahlkreisbüro-Postadresse**

Postfach 1135  
78245 Hilzingen/Hegau  
Telefon: 077 31 - 18 16 50  
Telefax: 077 31 - 18 48 36  
<http://www.homburger.de>

7. Oktober 2008  
Ho/sg

## **Rede zu TOP 1 – Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF)**

(Auszug aus dem Plenarprotokoll)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Außenminister hat vorhin in seiner Einführung deutlich gemacht, dass wir heute in erster Lesung über die Verlängerung des ISAF-Mandats sprechen. Er hat aber in diesem Zusammenhang auch zwei andere Punkte angesprochen: die Beteiligung an der **Operation Enduring Freedom** und die Frage der AWACS-Aufklärung. Herr Minister, an dieser Stelle muss ganz deutlich gesagt werden, dass natürlich darüber gesprochen werden kann, ob das Mandat für 100 KSK-Soldaten im Rahmen der Operation Enduring Freedom verlängert wird oder nicht, zumal diese seit Jahren nicht im Einsatz waren und auch nicht mehr eingesetzt werden sollten; so viel war ja klar. Das wird aber in der Absicht gemacht, zu suggerieren, dass eine Beteiligung an der Operation Enduring Freedom in Afghanistan nicht mehr stattfindet. Sie sollten so ehrlich sein, dem Deutschen Bundestag und der deutschen Öffentlichkeit zu sagen: Wenn es zu der AWACS-Aufklärung, für die Sie sich einsetzen, kommt, wird nicht zwischen ISAF und OEF oder zwischen zivil und militärisch unterschieden werden können. Es wird alles umfassen. Das bedeutet, dass man dadurch selbstverständlich am OEF-Mandat beteiligt ist. Herr Minister, das sollten Sie in aller Deutlichkeit sagen. Wir haben hier und heute viel über den **Aufbau** gehört. Wir haben gehört, dass der Aufbau Fortschritte macht. Gleichzeitig verschlechtert sich allerdings die Sicherheitslage. Die Gespräche, die ich im Rahmen eines Delegationsbesuchs in der vergangenen Woche in

Afghanistan führen konnte, bestärken mich in dem Eindruck, dass der Fortschritt für die Verschärfung der Sicherheitslage ursächlich ist. Die Taliban, die Aufständischen werden dadurch, dass sich die Situation verbessert, geradezu herausgefordert, Widerstand zu leisten. Deswegen steigt die Bedrohung für Polizisten, Entwicklungshelfer, Landarbeiter oder auch Lehrer. Es gibt aber auch ermutigende Zeichen der Zivilcourage. Ein Beispiel aus der letzten Woche: Im Süden Afghanistans ist eine Schule mit internationaler Hilfe aufgebaut worden. Als die Taliban kamen und diese Schule mit Bulldozern niedermachen wollten, hat sich die Bevölkerung dazwischengestellt und gesagt: Nein, wir wollen, dass diese Schule betrieben wird. – Das zeigt: Die Menschen wollen den Fortschritt. Wir sollten sie dabei unterstützen.

Der Erfolg in Afghanistan ist nicht allein mit immer mehr Militär zu erreichen; aber die **militärische Absicherung** ist notwendig. Keine Krankenschwester, kein Lehrer, kein Entwicklungshelfer kann auf Dauer ohne sicheres Umfeld arbeiten. Darum brauchen wir die militärische Absicherung nach wie vor. Es gibt viele Beispiele. So wurde zum Beispiel versucht, Straßen zu blockieren. Erst nachdem das Militär die Straßen von den Aufständischen freigeräumt hatte, konnte UNAMA mit dem Wiederaufbau weitermachen. Genau diesen Weg müssen wir weitergehen. Dafür brauchen wir schlicht und ergreifend auch das Militär. Frau Kollegin Knoche, ich komme jetzt einmal auf Sie zu sprechen. Sie haben gesagt, dass Zivilpersonen ums Leben gekommen sind. Das ist in der Tat richtig und bedauerlich. Wir alle haben hier mehrfach deutlich gemacht, dass alles getan werden muss, um Schäden an der **Zivilbevölkerung** zu vermeiden. Sie aber haben suggeriert, das Militär habe das verursacht. Das stimmt natürlich in keiner Weise. Es sind deutlich mehr Zivilisten durch Selbstmordattentate und Anschläge ums Leben gekommen. Das Militär bedroht die Zivilbevölkerung nicht. Wir alle haben heute ein Schreiben der Gesellschaft für bedrohte Völker erhalten. Ich zitiere: Nun auf halbem Wege die Mission abubrechen, ist keine glaubwürdige Alternative, da ohne die Schutztruppe die Sicherheit der Zivilbevölkerung nicht gewährleistet ist. Dem schließe ich mich an.

Der Ansatz der **vernetzten Sicherheit** – diesbezüglich formulieren wir eine deutliche Bitte an die Bundesregierung – ist richtig. Wir haben dieses Thema mehrfach hier besprochen und beschlossen, den Wiederaufbau in den Mittelpunkt zu stellen. Nur, mehr Geld allein reicht nicht. Es mangelt auch nicht an Papieren, sondern, meine Damen und Herren von der Regierung, an der Umsetzung. Beim PAT in Taloqan haben wir folgende Situation: Die Bundeswehr ist vor Ort. Es handelt sich um eine Region, die dringend der Unterstützung beim Wiederaufbau bedarf. Wir haben dieser Region Unterstützung zugesagt. Den ganzen Sommer über aber war die zuständige Stelle vom BMZ, vom Entwicklungshilfeministerium, nicht besetzt. Wir haben wertvolle Zeit verloren, die wir dringend für die Durchführung ziviler Maßnahmen gebraucht hätten. Solche Fehler bei der Koordination dürfen der Bundesregierung nicht passieren. Sie müssen zukünftig vermieden werden.

Es ist wichtig, dass wir die Zeit, die wir haben – sie läuft uns ein Stück weit davon –, nutzen, um für selbsttragende Sicherheit zu sorgen. Deswegen sage ich an dieser Stelle ganz deutlich: Herr Minister, Sie haben vorhin gesagt, dass die Bundesregierung beschlossen hat, die Zahl der **Polizisten** zu erhöhen. Wir stehen diesbezüglich soll auf Ihrer Seite. Ich möchte aber auch deutlich machen: 60 deutsche Polizisten wurden zugesagt, im Augenblick sind aber nur 33 vor Ort. Hinzu kommt, dass die meisten dieser Polizisten nicht mit der dringend

erforderlichen Polizeiausbildung beschäftigt sind. Sie sind im Bereich der strategischen Beratung mit der Ausarbeitung von Papieren beschäftigt. Das ist eine Fehlallokation von Ressourcen. Sie haben gesagt, dass Sie erkannt haben, dass an dieser Stelle gehandelt werden muss. Wir möchten Sie bitten, diesen Worten endlich Taten folgen zu lassen. Ändern Sie die Struktur der Hilfe beim Polizeiaufbau! Das ist dringend notwendig, damit wir Sicherheit in Afghanistan ermöglichen können. Vielen Dank.